

Protokoll

der 9. Sitzung des Ortsbeirates des Ortsteils Schönwalde-Siedlung am 16. Juni 2009

Beginn: 19.30 Uhr
Ende: 22.30 Uhr
Ort: Gemeindesaal
Berliner Allee 3, 14621 Schönwalde-Glien

Anwesende:

vom Ortsbeirat: Frau Zock (Ortsvorsteherin)
Herr Laarß (stellvertr. Ortsvorsteher)
Herr Bauer
Frau Dr. Krieg
Herr Krug
Frau Laarß
Herr Mund
Herr Schatz kam etwas später
Herr Woith

von der Verwaltung: Herr Oehme (Bürgermeister) erschien um 21.45 Uhr, bei TOP 12

Protokollführung: Frau Buchcik

Gäste: Frau Kappes-Fundus (Architekturbüro Neumann-Gusenburger)
Frau Daub-Hofmann (Büro Szamatolski)
Herr Fischer (Journalist der MAZ)

Bürger: Frau Behrendt (Gemeindevertreterin) blieb bis 21.17 Uhr, einschl. TOP 10
Herr Bittner (Gemeindevertreter)
Frau Schlommartz, Ehepaar Hansen, Ehepaar Schneider sowie die Herren: Deter, Kaiser, Korn, Mumm, Penitzka, Prescher, Schakau und Zock.

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung wird von Frau Zock unter Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit um 19.35 Uhr eröffnet. Die Tagesordnung ergibt sich aus der Einladung vom 03.06.2009.

TOP 2 Änderungsanträge und Feststellung der Tagesordnung

Frau Dr. Krieg stellt stellvertretend für Herrn Schatz den Antrag, die Tagesordnung um den Punkt: „Damsbrücker Straße“ zu erweitern.

Frau Zock sieht hierfür keine Notwendigkeit, denn über diesen Tagesordnungspunkt wurde bereits in den vergangenen Sitzungen ausreichend diskutiert. Zudem gab es erst im April im Rahmen der Änderung der Prioritätenliste dazu einen Beschluss. Ferner gibt es zu diesem Thema ein Schreiben der Ortsvorsteherin an den Bürgermeister, in welchem Frau Zock um die Darlegung neuer rechtlicher, planerischer oder sonstiger Erkenntnisse gebeten hat, welche ein erneutes Aufrufen des Tagesordnungspunktes „Änderung der Prioritätenliste“ in so kurzer Zeitfolge rechtfertigen würden. Sie hat keine Antwort auf ihr Schreiben erhalten und geht deshalb davon aus, dass es keine neuen Erkenntnisse zu diesem Thema gibt. Herr Laarß weist darauf hin, dass in der nächsten Sitzung nach der Sommerpause im September über die Prioritätenliste zum Straßenausbau beraten werden soll.

Prot.-Anfrage: Herr Krug fragt: „Warum kommt der Vorschlag von Herrn Schatz nicht aus der Bauverwaltung, wenn diese Angelegenheit so wichtig sei?“ bzw. „Warum soll die Damsbrücker Straße überhaupt gebaut werden?“

Prot.-Anfrage: Frau Zock fragt nach der Bestandsaufnahme der unbefestigten Straßen in Schönwalde-Siedlung bzw. nach einer qualifizierten fachlichen Zuarbeit des Bauamts mit entsprechenden Vorschlägen der Verwaltung, bei welchen Straßen man, weshalb von der Prioritätenliste

abweichen sollte. Ohne diese Zuarbeit ist eine nachhaltige Aktualisierung der Prioritätenliste nicht möglich.

Die Antworten der Verwaltung auf die Protokollanfragen sollen schriftlich erfolgen.

Antrag: Der Ortsbeirat beschließt die vorliegende Tagesordnung ohne Änderung.

Abstimmung: **6** Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
1 Stimmenthaltung

Ergebnis: Antrag mehrheitlich angenommen.

TOP 3 Protokollkontrolle und Protokollgenehmigung

Prot.-Notiz: Frau Laarß fügt bei TOP 14 Vereinsfonds, ihrem Vorschlag von 350,- Euro eine Erklärung hinzu: Sie begründet ihn durch die geplante Anschaffung der Schach-AG von Trainingsgeräten und –material, wie beispielsweise Schachuhren, -brettern, -figuren, Lektüre und Pokale für die AG-Teilnehmer. Bei Wettkämpfen könne man das restlich benötigte Geld aus den Startgeldern beziehen.

Herr Schatz merkt drei Dinge zum Protokoll der 8. Sitzung an:

- 1.) zu TOP 4, Seite 4, Absatz 3: „Die Entscheidung ist 50 zu 50 ausgegangen.
- 2.) zu Seite 5, Absatz 5: Frau Zock habe die Antragstellung zur Damsbrücker Str. versprochen.
- 3.) zu TOP 8, Buswartehäuschen, Seite 9: Es war ein Vorschlag der Verwaltung, den Herr Schatz aufgegriffen hat.

Frau Zock korrigiert Herrn Schatz' Äußerung und stellt richtig, dass sie den Bürgern keine Antragstellung zur Damsbrücker Straße versprochen habe, sondern lediglich erklärt hat, das Thema Straßenausbau in der nächsten Sitzung noch mal vollumfänglich zu behandeln. Dies ist auch im letzten Protokoll gut nachlesbar.

Herr Woith äußert, dass aus dem Topf des Vereinsfonds doch eigentlich kein Geld für AG's vorhanden sei.

Herr Mund klärt auf, den Begriff Vereinsfonds nicht allzu wörtlich zu nehmen, denn dieser ist vielmehr für Zwecke der Kultur und Brauchtumpflege gedacht; kann also auch die Arbeit von AGen unterstützen.

Frau Dr. Krieg korrigiert unter TOP 9, im letzten Absatz, die Summe der eingestellten Haushaltsmittel: Es muss **70.000,- €** heißen.

Prot.-Notiz: Herr Krug trug zu TOP 9 aus dem Protokoll der letzten Sitzung vor: Er fühlte sich nicht durch die Äußerungen von Frau Nickel bedrängt oder unter Druck gesetzt. Falls sich jemand unter Druck gesetzt fühlte, dann könne er dies jetzt sagen.

Frau Zock fragt Herrn Laarß, in welcher Weise er der Bürgerin, Frau Nickel, das Wort erteilt hatte?

Herr Laarß erklärte, dass er Frau Nickel nicht das Wort erteilt hätte. Vielmehr sei Herr Krug zu ihr gegangen und hätte ihre Frage aufgenommen und dann vorgetragen. Frau Nickel hätte dann noch einige Zwischenäußerungen getätigt. Diese seien aber unaufgefordert erfolgt. Die Stimmung war insgesamt ziemlich hitzig.

Herr Mund äußert zur letzten Protokollkontrolle unter Änderung der Prioritätenliste: „Es wurde seitens der anwesenden Bürger unaufgefordert kontrovers mitdiskutiert.“

Antrag: Der Ortsbeirat genehmigt das Protokoll der 8. Sitzung mit seinen Änderungen wie besprochen.

Abstimmung: **7** Ja-Stimmen
1 Nein-Stimmen
1 Stimmenthaltung

Ergebnis: Antrag mehrheitlich angenommen.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Frau Buchcik fragt im Auftrag ihres Mannes: „Wieso konnte es zu einer Rodung aller Bäume (einschl. alter Buchen am Grundstücksrand) auf dem Grundstück „Lindenallee“ Ecke „Berliner Allee“ kommen?“ „Wurde das genehmigt?“

Frau Zock gibt die Frage an Herrn Laarß weiter, welcher hier bereits schriftlich in der Verwaltung angefragt hat. Herr Laarß hat jedoch darauf bis jetzt selbst noch keine Antwort aus der Verwaltung bekommen.

Herr Kaiser, Bürger und 2. Vorsitzender des Vereins zur Erhaltung und Förderung des Charakters von Schönwalde startet einen Erklärungsversuch: Herr Koch, aus der Gemeindeverwaltung, habe ihm mitgeteilt, dass es sich bei dem ca. 2000 m² großen Grundstück um einen Wald handelt, den der Eigentümer (erlaubterweise) hat roden lassen. Die Bäume seien „erntereif“ gewesen. Die Waldumwandlung zu Bauland sei wohl schon gelaufen. Es sei eine Schande.

Herr Korn, ein Nachbar von Herrn Schubert aus dem Finkensteig, fragt nach der Planung für den Straßenbau im Finkensteig: „Was *kann* oder *soll* passieren?“

Frau Zock erklärt, dass eine gute Alternativ-Variante der Ausbau des Drosselsteigs sei. Der Drosselsteig wurde als Schotterweg zu einem Preis von ca. 25.000,- € ausgebaut. Er ist nun 3 Jahre alt und noch im guten Zustand.

Weiter erläutert Sie, dass Ihr vom Finkensteig eine „Ankreuz-Liste“ vorliegt. Hier wurde bei den Anwohnern abgefragt, ob diese beispielsweise den Ausbau wollen und in welcher Art und Weise. Die Mehrzahl der Finkensteiger Anwohner hätten sich klar für einen Ausbau entschieden. Von seitens der Ortsbeirates, welcher für die Erstellung der Prioritätenliste für Straßenbau zuständig ist, gäbe es zuzusagen, dass der Finkensteig derzeit auf Platz 4 steht. (bereits im Haushalt eingestellte Ausbaumaßnahmen nicht mitgerechnet) Es kann erfahrungsgemäß davon ausgegangen werden, dass die Gemeinde ca. 2 Straßen pro Jahr baut. Der Finkensteig wäre demnach im Jahr 2011 dran. Sollte es durch außerplanmäßig Straßenbaumaßnahmen zu Abweichungen von der Prioritätenliste kommen (Beispiel: CDU-Antrag für den Ausbau der Damsbrücker Straße), dann würde sich dieser Zeitraum logischerweise weiter nach hinten verschieben. Deshalb sei es wichtig hier einen geordneten Modus zu finden. Der Straßenausbau der Gemeinde stützt sich auf 3 Säulen. Der Ortsbeirat ist dabei für die Rankingliste verantwortlich. Die Gemeindevertretung ist für die finanzielle Absicherung der Straßenausbauvorhaben verantwortlich und die Gemeindeverwaltung – Bauamt – für die baufachlichen Zuarbeiten. Der Straßenbau in Schönwalde kann nur zielführend umgesetzt werden, wenn alle drei Beteiligten an einem Strang ziehen. Derzeit sei das leider nicht der Fall. Jeder versucht seine Verantwortung auf das andere Gremium bzw. auf die Verwaltung abzuwälzen. Hilfreich wäre es, wenn sich alle drei Beteiligten zusammensetzten würden und ein tragbares Konzept ausarbeiten würden, wie man zukünftig beim Straßenausbau vorgehen möchte. Dieses Konzept sollte dann nach Außen gegenüber den Bürgern gemeinsam vertreten werden. Davon sind wir jedoch in Schönwalde leider noch weit entfernt.

Herr Penitzka, seit 2003 wohnhaft im Kleibersteig, fragt nach welchem Modus Straßen gebaut werden und warum bestimmte Rasenflächen, wie im Zeisigsteig, von der Verwaltung gemäht werden und andere nicht.

Frau Zock geht davon aus, dass es sich bei den Flächen im Zeisigsteig um Flächen der Gemeinde handelt. Ansonsten sei ihr nicht bekannt, dass die Regenwassermulden vor den Grundstücken von der Gemeinde mit gemäht werden. Dies müsste jeder Anwohner selber tun.

Frau Zock greift den Vorschlag von Herrn Bittner auf, die Prioritätenliste den Bürgern öffentlich zugänglich zu machen, und zwar über eine Information im Kasten „Bekanntmachungen“. Ein Bürger fragt, warum manche Straßen auf Wunsch der Bürger nicht gebaut werden, wenn die Bürger doch ohnehin die Kosten tragen müssen. Frau Zock entgegnet, dass auch die

Gemeinde an den Straßenbaukosten beteiligt ist, bei Haupterschließungsstraßen beispielsweise zu 50 %.

Herr Penitzka fragt, wo er einen aktuellen Straßenplan von Schönwalde erhält.

Dieser TOP wird ohne Beschlussfassung beendet.

TOP 5 Diskussion zum Bebauungsplan Nr. 25 „Fehrbelliner Straße – Jugendclub und Bolzplatz“ 1. Auslegungsbeschluss

Frau Zock führt kurz ins Thema ein und stellt Frau Kappes-Fundus vom Landschaftsarchitekturbüro Neumann-Gusenburger vor. Die Ortsvorsteherin moniert, dass der Umwelt- und Vermessungsbericht sowie die grünordnerischen Festsetzungen bis dato noch nicht vorliegen. Frau Kappes-Fundus begründet dies mit zu knapp bemessener Zeit. Sie informiert, dass die Vermessung unterdessen stattgefunden habe und der Umweltbericht gerade bearbeitet wird. Dann erläutert sie den Entwurf des Büros für den Jugendclub und Bolzplatz anhand von zwei Zeichnungen. Abschließend dankt Frau Zock Frau Kappes-Fundus für den Vortrag.

Antrag: Abstimmung zur Beschlussvorlage

Abstimmung: **8** Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

1 Stimmenthaltung

Ergebnis: Antrag mehrheitlich angenommen.

TOP 6 Diskussion zum Bebauungsplan Nr. 02 „Nordmärkische“ 1. Abwägungsbeschluss 2. Änderungsbeschluss vom Text-Bebauungsplan in einen einfachen Bebauungsplan 3 Auslegungsbeschluss

Frau Behrendt ist die Älteste (im Sinne von erfahrendste) hier, die zum B-Plan-Verfahren etwas sagen kann. Es gab immer wieder Änderungen im Verfahren. Es hieß es, es müssen Textbebauungspläne erstellt werden, nun wird ein einfaches B-Plan-Verfahren angestrebt. Das Verfahren zieht sich schon über 10 Jahre hin.

Anfrage: Anfrage an die Verwaltung von Frau Zock:

Was soll die Aussage in der Beschlussvorlage bedeuten? : „Es gibt Konfliktpotential wegen unterschiedlicher Rechtsauffassungen über die Möglichkeiten der Abwägung der forstlichen Stellungnahme bzw. das unbedingte Befolgen dieser Stellungnahmen. Es handelt sich dabei um einige Waldstücke im privaten Besitz. Der Konflikt könnte jetzt auf die private Ebene verlegt werden. Bisher wurde von der Forstbehörde eine Umwandlung von Wald in Bauland nicht in Aussicht gestellt?“

Ist es richtig, dass im Plangebiet die Errichtung von Sendemasten bis zu 12 m Höhe möglich sind?

Eine Fortschreibung des Textbebauungsplanes kostet rund 15.000,- bis 20.000,- Euro. Daher wird ein einfacher Bebauungsplan (ohne Vermessung) angestrebt.

Anfrage: von Herrn Laarß an die Verwaltung:

1. B-Plan-Entwurf 2009 wurde nicht berücksichtigt.
2. Grundfläche für Häuser von 180m² mit Terrasse (30m²) bei einer Mindestgrundstücksgröße von 705 qm
3. TF 2.7. entfällt

Warum?

4. Bei der Brandenburgischen Str. fehlen die Flurstücke Nr.: 21 / 23 und 67
5. Bei der Nordmärkischen Str. fehlen die Flurstücke Nr.: 21 / 23 und 68

Warum?

Die Anfragen sollen von der Verwaltung schriftlich beantwortet werden.

Herr Bauer äußert, dass er sich bei diesem Thema überfordert fühlt, da er nicht vom Fach ist. Frau Zock pflichtet ihm bei. Herr Krug rät dazu, nicht abzustimmen, sondern den TOP in die GV zu verweisen und ggf. in der nächsten Sitzung zu behandeln.

Antrag: Herr Krug stellt den Antrag, die Diskussion zum B-Plan „Nordmärkische Straße“ zu verweisen. Herr Schatz ergänzt: ohne Votum.

Dieser TOP wird daher ohne Beschlussfassung beendet. Die Angelegenheit soll ohne Votum an die Gemeindevertretung verwiesen werden. Bei Erforderlichkeit soll der Tagesordnungspunkt zur nächsten Sitzung noch mal vorgelegt werden.

TOP 7 Diskussion zum Bebauungsplan Nr. 03 „Havelländische“

1. Abwägungsbeschluss

2. Änderungsbeschluss vom Text-Bebauungsplan in einen einfachen Bebauungsplan

3. Auslegungsbeschluss

Antrag: Herr Krug stellt den Antrag auch die „Havelländische Straße“ ohne Votum in die Gemeindevertretung zu verweisen. Die Situation ist die gleiche wie bei der „Nordmärkischen Straße“.

Anfrage: Anfrage von Frau Laarß an die Verwaltung:

zu I. Es ist für den Bürger nicht ersichtlich, was die geänderten Stellen sind.

zu II. 3.7. Es wird von der Vorlage abgewichen.

Anmerkung: zu V 1 „nachrichtliche Übernahmen“: hier fehlt die Straßenverkehrsfläche.

zu 7.1 Landesumweltschutz: geschützte Arten: Was heißt voraussichtlich?

zu 7.3 geänderte und ergänzte Teile und es fehlt die Straßenverkehrsfläche (wie bei Punkt 6.3)

Anfrage: Frau Zock möchte zur Begründung im Auslegungsbeschluss auf Seite 3, letzter Absatz, von der Verwaltung genauer wissen: „Was bedeutet es, das erfasste Waldgrundstück Flur 21 Flurstück 208, nachrichtlich als Biotop Nr. 75 ausgewiesen, dies als solches im Bebauungsplan nicht mehr mit festzusetzen?“

Dieser TOP wird daher ohne Beschlussfassung beendet. Die Angelegenheit soll ohne Votum an die Gemeindevertretung verwiesen werden. Bei Erforderlichkeit soll der Tagesordnungspunkt zur nächsten Sitzung noch mal vorgelegt werden.

TOP 8 Diskussion zum Bebauungsplan Nr. 08 „Straße A“

1. Abwägungsbeschluss

2. Auslegungsbeschluss

Frau Daub-Hofmann, vom Büro Szamatolski, führt ihre Planung zum 5. Entwurf zu obigem TOP aus. Sie hat die Wünsche aus der Bürgerschaft größtmöglich berücksichtigt. Ebenso werden die europäisch geschützten Arten wie Wolf, Eisvögel und Kuckuck entsprechend den artenrechtlichen Schutzbestimmungen beachtet.

Für zwei Grundstücke wurde von den Forsten die Waldumwandlung in Aussicht gestellt. Sollten hier Bauansprüche gestellt werden, dann fallen in diesem Bereich auch wieder Bäume. Es gibt weitere Grundstücke, die durch den Baubauungsplan Ausbaurecht erlangen. Es gab seit 1994 in der Straße A einen Bebauungsplan, welcher aber nicht rechtskräftig geworden ist, weil die Gemeinde damals diese Fläche als Grundfläche festgesetzt hat und damit für einen Eigentümer (ein Privatmensch) keine gleichen Voraussetzungen geschaffen hat, zu den angrenzenden Flurstücken. Der B-Plan wurde sodann im Normenkontrollverfahren als nicht rechtskräftig erklärt. Besonders geschützte Arten nach Europäischen Richtlinien werden im Rahmen der Neuauslegung abgearbeitet. Es werden hierfür Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vorgenommen. Der B-Plan kann diese Artenschutzrechtlichen Bestimmungen jedoch nicht abwägen. Es gibt hier die Möglichkeiten Maßnahmen für die Tiere zu ergreifen.

Auf die Frage von Herrn Prescher : Er versteht folgendes nicht, die meisten der Fläche sind bebaut; wieso muss da ein neuer B-Plan erstellt werden? Wer veranlasst so was?

Antwort von Frau Daub-Hofmann: Die Gemeinde hat das veranlasst, weil der alte B-Plan nicht rechtskräftig war. Bisher wurde hier nach Innenrecht bebaut; nach § 34.

Frau Zock stellt fest, dass viele Einwände der Bürger mit der Bemerkung „keine Planänderung“ abgewogen wurden.

Frau Daub-Hofmann antwortet: Das sich hierzu viele Hinweise in der Begründung zum B-Plan finden lassen.

Frau Laarß fragt nach den Waldgrundstücken, die laut B-Plan in ein reines Wohngebiet umgewandelt werden sollen. Mit einer Zustimmung zu B-Plan würde unsererseits also auch eine Zustimmung zum „Leermachen“ geben.

Antwort Frau Daub-Hofmann: Die Forsten haben hier bereits ihre Zustimmung angekündigt.

Frau Behrendt sagt: Über eine erneute Auslegung wird beschlossen, so dass die Öffentlichkeit ihre Meinung dazu geben kann. Über den B-Plan an sich beschließen wir heute noch nicht.

Antrag: 8.1 Vorlage Abwägungsbeschluss

Abstimmung: 5 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
2 Stimmenthaltungen

(Anmerkung: Herr Laarß ist während der Abstimmung nicht im Raum)

Ergebnis: Antrag mehrheitlich angenommen

Antrag: 8.2 Vorlage Auslegungsbeschluss

Abstimmung: 5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimme
3 Stimmenthaltungen

(Anmerkung: Herr Laarß ist während der Abstimmung nicht im Raum)

Ergebnis: Antrag mehrheitlich angenommen

TOP 9 Diskussion zum Bebauungsplan Nr. 22 „Fasanensteig“

1. Abwägungsbeschluss

2. Auslegungsbeschluss

Frau Daub-Hofmann fährt weiter fort:

Hier gab es Hinweise vom Land wegen der Bauordnung. Die Zahl 0,15 Grz bedeutet, dass 15 % der Gesamtfläche eines Grundstückes bebaut / überbaut werden dürfen. Bei Wohnbauflächen heißen aber 15 % Überbauung nicht Hauptanlagen einschl. Nebenflächen (wie Garage, Terrasse etc.). Verkehrsflächen können zu den 15 % aber nicht mehr mitgerechnet werden. Dadurch dürfen kleinere Grundstücke mit ca. 500 bis 600 qm Größe dürfen nur noch mit einem Haus mit einer Grundfläche von ca. 65 qm bebaut werden. Das ist nicht zeitgemäß. Deshalb wurde für kleinere Grundstücke eine textliche Festsetzung getroffen, dass dann eben Mindestgrundstückgröße von 115 qm überbaut werden darf, einschl. Terrasse. D.h. hier wird eine Ausnahme formuliert, damit geht man jetzt noch mal in die erneute Auslegung.

Ansonsten gab es keine weiteren Hinweise von Trägern öffentlicher Belange. Die Unter Naturschutzbehörde verweist immer darauf, dass die Untere Naturschutzbehörde sich bzgl. des Artenschutz meldet. Dies wurde jedoch von der Unteren Naturschutzbehörde nicht getan. Wahrscheinlich wurde dies deshalb nicht getan, weil die Flächen bereits überwiegend bebaut sind. Trotzdem wurde eine artenschutzrechtliche Prüfung durchgeführt und diese wird noch entsprechend eingearbeitet.

Anwohner gaben noch den Hinweis, dass Flächen, welche in die freie Landschaft führen, als Geh- und Radwege genutzt werden. Die Gemeinde möchte hier versuchen, mit den Eigentümern eine Klärung herbeizuführen, dass diese Wege für die Öffentlichkeit erhalten bleiben sollen.

Frau Laarß fragt nach eine Fläche, welche zur Aufforstung vorgesehen ist. Welche Fläche ist das konkret?

Frau Daub-Hofmann antwortet, dass die Gemeinde eine Fläche hierfür gekauft hat. Im alten B-Plan gab es noch Begrünungsflächen direkt im B-Plangebiet. Die gibt es im neuen B-Plan nicht mehr, weil diese Flächen jetzt der Wohnbebauung vorbehalten werden. Für Ausgleichsmaßnahmen wird hier deshalb noch eine Fläche außerhalb des B-Plan`s verwendet; Flur 111, Flurstück 5 ist dafür vorgesehen.

Frau Zock hat eine Frage zum Einwand des Bauordnungsamtes: Im letzte Abschnitt geht es um die Refinanzierung für Ausgleichsmaßnahmen. Diese sollen auf die künftigen Bauherren umgelegt werden?

Antwort von Frau Daub-Hofmann: Dies geht jetzt nicht mehr. Dies wird jetzt auf die überbaubare Fläche umgelegt. Die Gemeinde würde Aufforstungen erst mal vorfinanzieren. Der zukünftige Bauherr muss dann entsprechend seiner Bebauung nachzahlen.

Herr Prescher fragt, ob die Verbindungsstraßen zum Fasanensteig (Flächen müssen von der Gemeinde noch aufgekauft werden) dann auch 6m breit sind.

Frau Daub-Hofmann bejaht dies.

Antrag: 9.1. Vorlage Abwägungsbeschluss

Abstimmung: 5 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
2 Stimmenthaltungen

Ergebnis: Antrag mehrheitlich angenommen

Antrag: 9.2. Vorlage Auslegungsbeschluss

Abstimmung: 5 Ja-Stimmen
keine Nein-Stimmen
3 Stimmenthaltungen

Ergebnis: Antrag mehrheitlich angenommen

TOP 10 Grundsatzdiskussion zum Thema Straßenausbau im Ortsteil Schönwalde-Siedlung

Frau Zock hat sich hinsichtlich Alternativer Straßenausbauvarianten sachkundig gemacht und erläutert diese wie folgt:

1. ungebundenes Form - Schotterstraße – Kosteneinsparung bis zu 50 % gegenüber Asphalt.
Lebensdauer /Haltbarkeit: ca. 10 Jahre bei guter Wartung
Bedingung: Es muss eine gute Entwässerung gewährleistet sein, da dies die Haltbarkeit der Straße verlängert.
Nachteil: hohe Staubbelastung bei Trockenheit.
2. teilweise ungebundene Form - Straße aus Schotter und Asphaltfräsgut – Kosteneinsparung bis zu 40 % gegenüber Asphalt.
Lebensdauer /Haltbarkeit: ca. 20 Jahre
Bedingung: Es muss eine gute Entwässerung gewährleistet sein.
3. gepflasterte Straße – keine Einsparung gegenüber Asphalt, da durch die Pflasterarbeiten hohe Kosten für die Arbeitsleistung entstehen
Lebensdauer/Haltbarkeit: Hält genauso lange wie eine asphaltierte Straße und darüber hinaus.
Entwässerung: Erfolgt bereits zwischen den Pflastersteinen.
Nachteile: Keine Nachteile gegenüber Asphalt

Frau Laarß informiert, dass die Gemeindevertretung die Baukosten für eine ungebundene Straße allein tragen müsste und somit die Vorschläge 1 und 2 für die Verwaltung sicherlich unpopulär seien.

Herr Mund weist darauf hin, dass beim Bau einer Schotterstraße weder eine Beleuchtung noch ein Fußgängerweg bzw. Bürgersteig mit enthalten sind. Daher könne man hier nicht „Äpfel mit Birnen“ vergleichen. Der Kostenunterschied betrage ca. 12.500,- Euro.

Herr Bauer meint, man sollte die Bürger fragen, ob „Deluxe Straßen“ gebaut werden sollen oder ob auch Alternative-Straßenbauvarianten in Betracht kämen.

Herr Mund ergänzt: „Auch die Frequentierung der Straße sollte berücksichtigt werden.“

Herr Krug favorisiert einen Fragebogen an alle Anwohner zu verschicken, welcher als Arbeitsgrundlage für die Prioritätenliste dienen soll.

Herr Laarß schlägt vor, die Sommerpause zu nutzen, um den Fragebogen abzustimmen.

Frau Zock fasst zusammen:

Die Bürger werden nach ihrer Meinung befragt, ob konventionell oder alternativ gebaut werden soll, ein Fragebogenentwurf wird von ihr den Ortsbeiratsmitgliedern in einer Sitzung nur zu diesem Thema vorgelegt und dann weiter vom Ortsbeirat bearbeitet. Die Verwaltung muss eine Zuarbeit in Form einer Straßenbestandsaufnahme leisten bzw. Vorschläge zur Aktualisierung der Prioritätenliste erarbeiten. Eine Zuarbeit bzgl. des Verkehrsaufkommens in den entsprechenden Straßen ist ebenfalls erforderlich.

Frau Dr. Krieg gibt zu bedenken, dass durch die Verteilung eines Fragebogens eventuell hohe Erwartungen in der Bevölkerung geweckt werden.

Antrag: Es wird beschlossen, dass sich der OBR zusammensetzt, um einen geeigneten Fragebogen zu erarbeiten.

Abstimmung: **8** Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
keine Stimmenthaltungen

(Anmerkung: Herr Laarß ist zum Zeitpunkt der Abstimmung wieder anwesend)

Ergebnis: Antrag mehrheitlich angenommen.

Aufgabe: Es wird nochmals an die **Zuarbeit der Verwaltung** erinnert, in Form von Vorschlägen aus dem Bauamt, welche Straßen abweichend von der Prioritätenliste notwendiger Weise zeitnah ausgebaut werden sollen und warum? (mit baufachliche Begründung) Ohne diese Zuarbeit kann die von der Verwaltung gewünschte Aktualisierung der Prioritätenliste nicht vorgenommen werden.

Termin: spätestens zur Sitzung des Ortsbeirats im September 2009

TOP 11 Antrag von Uwe Schatz zum Ausbau eines Fußgängerüberweges an der Kreuzung „Kurmärkische Straße“ und Straße „Unter den Linden“

Der Antrag von Herrn Schatz wurde von der Verwaltung abgelehnt. Laut der Richtlinie für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen ist dies nicht möglich.

Frau Laarß regt dennoch an, einen Antrag zu stellen.

Herr Krug meint, dies sei kein Gesetz sondern eine Richtlinie. Man sollte den Vorschlag weiterverfolgen.

Frau Dr. Krieg verweist auf die Kosten. Die Straße sei nicht hoch frequentiert, daher müssen „Achtung! – Kinder-Schilder“ ausreichen.

Frau Laarß informiert, dass derartige Schilder sowie solche mit Geschwindigkeitsbegrenzung bereits vorhanden sind

Antrag: Es sollen sowohl ein Fußgängerüberweg gemäß TOP 11 sowie ein Fußgängerüberweg zum Strandbad gebaut werden.

Abstimmung: **8** Ja-Stimmen
keine Nein-Stimmen
1 Stimmenthaltung

Ergebnis: Antrag mehrheitlich angenommen.

Der OBR beschließt für den Fall, dass dieser Antrag abgelehnt wird, die Prüfung einer Maßnahme zur Verkehrsberuhigung, Schilder aufstellen zu lassen, wie z.B. „Tempo 30“ oder „Achtung Kinder“ – gewissermaßen als Notlösung.

TOP 12 Diskussion über die Notwendigkeit eines Verkehrssicherheitskonzeptes im Bereich ab Kreuzung „Fehrbelliner Straße“ / „Straße der Jugend“ über EDEKA, Bratanow-Gebäude bis zum Schwanenkrug

Aufgabe: Herr Krug erbittet eine **Kopie aus der Verwaltung mit der schriftlich begründeten Ablehnung zum Thema Ampelbau** an der Berliner Allee / Amselsteig / EDEKA-Parkplatz.

Frau Zock führt kurz in die Problematik ein und legt den Ortsbeiratsmitgliedern eine selbst gefertigte Skizze mit 3 gefährlichen Verkehrsbereichen zwischen Kreuzung Fehrbelliner Straße / Straße der Jugend bis zum Schwanenkrug hin, vor.

Herr Schatz fragt zum 2. Kreis auf der Skizze von Frau Zock: --> Wegen der sich dort befindlichen Hochdruckgasleitung erfolgte doch bisher immer eine Ablehnung von Verkehrssicherungsmaßnahmen. Hat sich an dieser Situation jetzt etwas verändert. Herr Schatz berichtet weiter, dass in diesem Bereich viele Autounfälle durch das Auffahren und Abbiegen passieren.

Frau Zock antwortet: Dass auch ihr dieses Argument mit der Gasleitung gut bekannt sei. Sie kann sich aber nicht vorstellen, dass man deshalb an dieser Stelle keine Verkehrssicherungsmaßnahmen durchführen kann. Das Argument sei Ihrer Meinung nach nur vorgeschoben, weil dort ein Kreisverkehr oder ähnliches nicht gewollt ist.

Prot.-Notiz: Frau Dr. Krieg hat eine **Anfrage an die Verwaltung: „Gibt es eine Verkehrsbeobachtung an dieser Stelle von Seiten der Behörden?“**

Laut Frau Zock liegt bisher noch nichts vor.

Herr Mund erwähnt, dass auch die Umleitung im Hinblick auf den Ausbau der L 20 über die Kreuzung Straße der Jugend/Fehrbelliner Straße erfolgen könnte. Dadurch würde sich das Verkehrsproblem noch erhöhen.

Antrag: **Beschluss:**
Aufgrund des geplanten Rathausneubaus und der bereits jetzt stattfindenden Verkehrsballungen in diesem Bereich (Fußgänger, Radfahrer, PKW's) sowie der demnächst erfolgenden Umleitung von der Falkenseer Str., und der sich daraus weiterhin ergebenden Vervielfältigung des Verkehrs soll eine **Begutachtung zur Verbesserung der Verkehrssicherheit** erfolgen. Dies betrifft den Bereich zwischen Kreuzung Fehrbelliner Straße / Straße der Jugend, Kreuzung Berliner Allee / Amselsteig und Parkplatzausfahrt vor Edeka, bis hin zum Parkplatz vor dem Schwanenkrug. Die Radfahrer und Fußgängerbewegungen aus beiden Richtungen entlang der Berliner Allee sollen in die Begutachtung mit einbezogen werden.

Abstimmung: **9** Ja-Stimmen
 keine Nein-Stimmen
 keine Stimmenthaltung

Ergebnis: Antrag einstimmig angenommen.

TOP 13 Sachstand Abbau der Mülldeponie

Frau Zock erklärt, dass es auf Nachfrage in der Verwaltung nichts Neues zu berichten gibt.

TOP 14 Information und Diskussion zur Präsentationsveranstaltung zum Thema Ortskern-gestaltung

Frau Zock berichtet über die Prämierung dreier Studententeams am Donnerstag, den 11. Juni 2009, um 18.00 Uhr im Schwanenkrug sowie von den insgesamt 17 Projektarbeiten.

Es wurden zusätzlich zu den 3 Erstplatzierten ein Innovations- und ein Publikumspreis verliehen.

Das Resultat (der Arbeiten) war die Erkenntnis, dass man in Schönwalde einen zentralen Platz benötige und zusätzliche freizugängliche Sport- und Freizeitanlagen geschaffen werden sollten. Die Mülldeponie müsste im Zuge dessen abgetragen werden. Sie ist ein Schandfleck in unserem Ortsteil. Als ein weiterer Standort für das Zentrum wurde das Gebiet der alten Tischlerei gestalterisch von einigen Studententeams entwickelt.

Frau Zock hat vor, die drei besten Studententeams nochmals nach Schönwalde-Siedlung einzuladen, um ihnen Gelegenheit zu geben, ihre Arbeiten ausführlicher darzustellen.

TOP 15

Sportstättenentwicklungskonzeption der Gemeinde Schönwalde-Glien – Vorschläge des Ortsbeirates Schönwalde-Siedlung

Herr Laarß bedauert, dass hierbei vorrangig der Fußballsport in Schönwalde Siedlung berücksichtigt wurde. Seiner Meinung nach wurden die Gruppen: Handball, Volleyball und Badminton ganz außer Acht gelassen. Kunstrasen und Volleyball passen für ihn nicht zusammen. Auch nütze es nichts, dass Leichtathletik in Falkensee angeboten wird, die Grundschule Schönwalde bräuchte eine eigene 400 m Laufstrecke. Der Planungsvorschlag „Kunstrasenplatz“ mit dem Standort Schullandheim sei für ihn illusorisch, da sich der Platz im Landschaftsschutzgebiet befinden würde. Herr Laarß fragt: „Warum hat keine Gesprächsrunde mit allen Beteiligten (Sport- und Freizeitanbietern) stattgefunden?“ Er wurde z.B. mit seinem Hallensport nicht eingeladen.

Herr Schatz gibt zu, dass manches diskussionswürdig ist.

Frau Dr. Krieg sagt: „Man sollte sich nicht an Kleinigkeiten aufhalten, sondern die große Linie im Auge behalten.“

Frau Zock findet die Standortfrage ist keine Kleinigkeit sondern sehr wichtig. Dies habe man zumindest im Ortsbeirat Schönwalde-Siedlung im Zuge der Bolzplatzplanungen gelernt. Man sollte ergänzend mit aufnehmen, den Schulsportplatz mit auszubauen.

Frau Laarß vermisst die Erwähnung der Sportart Beach-Volleyball und meint ebenfalls, dass der Schulsportplatz ein Leichtathletikgelände braucht.

Herr Oehme: Herr Lauterbach hat den Fragebogen rausgegeben und selbständig die Vereine angeschrieben und abgefragt.

Frau Zock fragt, ob man den Schulsportplatz nicht im Nachmittagsbereich auch freien Sportgruppen und Vereinen zur Verfügung stellen kann. Dann würde sich auch ein Ausbau mit Leichtathletikgelände rentieren.

Herr Laarß äußert, dass Freizeitsport nicht Standard ist.

Herr Schatz sagt, dass sowohl der Landessportbund als auch der Kreissportbund in diesem Fall ihre Unterstützung zugesichert haben; nur müsse man sich jetzt schnell entscheiden, was man wolle.

Frau Zock bemerkt: Deshalb machen wir jetzt unsere Vorschläge zum Sportentwicklungskonzept für unseren Ortsteil.

Vorschläge der OBR-Mitglieder:

- Bau einer 2. Turnhalle für kleinere Gymnastikgruppen
- Aufrüstung des Schulsportplatzes
- neuer Sportplatz für Leichtathletik und Fußballkunstrasen (Standort müsste man noch suchen)
- Schaffung freizugänglicher Sport- und Freizeitflächen wie z.B. Beachvolleyballanlage

TOP 16

Umgang mit der Unterschriftenliste zum Stellenabbau der Streetworkerin der Gemeinde Schönwalde-Glien

Frau Zock verliest einen Text (Verfasser nicht eindeutig), der sich inhaltlich gegen den Stellenabbau von Frau Stefanie Kirchheim richtet. Diesem Text folgt anschließend eine Liste mit gesammelten Unterschriften von Jugendlichen. Der Zettel geht zur Ansicht im Kreis des OBR herum.

Herr Mund fragt nach dem Verfasser des Schreibens.
Frau Dr. Krieg hat gehört, dass die Unterschreiber überredet wurden.

Frau Laarß findet es verkehrt, die Stelle der Streetworkerin abzuschaffen. Wenn die Jugendlichen nicht mit der Streetworkerin auskommen, heißt es nicht das kein Streetworker benötigt wird, sondern es ist lediglich zu überdenken, ob die falsche Person eingestellt wurde. Einige Jugendliche hätten berichtet, dass einige der Unterschriften nicht ganz freiwillig geleistet wurden, sondern dass diese überredet worden sind.

Herr Krug ist der Meinung, wenn eine Person für eine Stelle nicht die Richtige sei, was ja immer mal vorkommen könne, müsse man eine neue Person einstellen, aber nicht die Stelle streichen. Er fügt hinzu, dass eine finanzielle Begründung für den Abbau dieser wichtigen Stelle für ihn völlig inakzeptabel sei, zumal man beim Rathausneubau auch nicht aufs Geld guckt. (siehe Artikel in der MAZ, Rathaus kostet jetzt 1 Mio. Euro mehr als geplant)

Herr Bauer ist der Meinung, es ist abzuwägen, ob es sinnvoller ist einen Sozialpädagogen, statt eines Streetworkers einzustellen, zumal auch der neue Jugendclub geleitet werden muss.

Herr Oehme äußert, dass des Geldes wegen niemand gehen müsste bzw. diese Stelle nicht gestrichen wurde. Frau Kirchheim würde jetzt ohnehin nicht mehr für Schönwalde als Streetworkerin zur Verfügung stehen, da sie beim ASB fest angestellt wurde.

Frau Zock möchte noch mal auf die letzte Ortsbeiratssitzung zurückkommen und die darin getroffenen Aussagen. Sie hofft, dass man sich im Rahmen der Erstellung des angedachten Jugendhilfeplanes bzgl. der Streetworkerstelle eines Besseren besinnt und diese Stelle nicht streicht. Zu den Aussagen von Frau Krieg und Frau Laarß kann sie nichts sagen, da ihr hierzu keinerlei Informationen vorliegen. Man sollte jedoch mit solchen Aussagen vorsichtig umgehen, da es hier schnell zu Diffamierungen kommen kann. Insgesamt findet sie es sehr schade, dass man jetzt überhaupt solche Art von Diskussionen führen muss, weil hier ihrer Meinung nach, die Jugendarbeit wieder mal vernachlässigt wird.

Dieser TOP wird ohne Beschlussfassung beendet.

TOP 17 Diskussion und Beschluss zur Erneuerung der Straßenbeschilderung in unseren Sackgassen und Angern

Antrag: Es wird auf Wunsch der Antragstellerin Frau Laarß an Sackgassen und Angern in Schönwalde-Siedlung eine Beschilderung mit Straßennamen beschlossen.

Abstimmung: **9** Ja-Stimmen
 keine Nein-Stimmen
 keine Stimmenthaltungen

Ergebnis: Antrag einstimmig angenommen

TOP 18 Vereinfonds

Antrag: Bewilligung von 150,- € für die Öffentlichkeitsarbeit der Feuerwehr zum Tag der Offenen Tür (am 20.06.09, von 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr)

Abstimmung: **9** Ja-Stimmen
 keine Nein-Stimmen
 keine Stimmenthaltungen

Ergebnis: Antrag einstimmig angenommen

TOP 19 Sonstiges

Auftrag: Hinweis an das Ordnungsamt:

Frau Zock berichtet, dass am Sonntag, den 14.06.09 bei einer Wanderung mit der Partei „Bündnis 90 /Die Grünen“, parallel zum Normannenweg, nahe eines Grundstückes mehrere „Berge“ aus Gartenabfällen entdeckt wurden. Es liegt nahe, dass die Gartenabfälle direkt von den davor liegenden Grundstücken stammen. Hier sollte das Ordnungsamt aktiv werden, um die Ordnungswidrigkeiten entsprechend zu verfolgen.

Auftrag: Hinweis an das Ordnungsamt

Frau Zock berichtet weiter, dass man auf der selben Wanderung auf eine kleine Schonung mit kleinem Baumwuchs aufmerksam wurde. Dies befindet sich links hinter der Bushaltestelle „Großer Stern“ und sollte durch einen Zaun geschützt werden.

Ende der Versammlung: 22.30 Uhr

Die **nächste Ortsbeiratssitzung** findet - aufgrund der Sommerpause - am **15.09.2009** statt.

Ortsvorsteherin des OBR Schönwalde-Siedlung:
Ines Zock

Protokollantin:
Buchcik

Schönwalde-Glien, 10.07.2009